

LANDTAG IN KÜRZE

Steuergelder für Beamtenrenten

VADUZ - Der Staat schliesst 1,3 Millionen Franken Steuergelder für 2003 in die Pensionsversicherung des Staatspersonals ein. Einstimmig, aber zähneknirschend hat der Landtag am Freitag zugestimmt. Nun will die Regierung die markante Unterdeckung der Pensionskasse aufklären.

• Kornelia Pfeiffer

«Wir werden untersuchen, ob wirklich nur die Börsenentwicklung Grund für die Unterdeckung von 87,4 Prozent ist, oder ob ein strukturelles Problem vorliegt», so Regierungschef Otmar Hasler. Es ginge nicht an, dass der Staat jedes Jahr aufs Neue einen Sonderbeitrag leiste, der lediglich für kurzfristige Probleme gedacht sei. Detaillierte Fragen würden nun dem Stiftungsrat über die Entwicklung der Pensionskasse des Staatspersonals gestellt.

Das Land ist gesetzlich zu einer Finanzierungsgarantie von bis zu 3 Prozent der versicherten Besoldungen verpflichtet. Für 2003 liegt dieser Sonderbeitrag bei 1 Prozent, sprich 1,3 Millionen Franken, die der Landtag am Freitagabend bewilligte. Für das Jahr 2004 wird erwartet, dass dieser Sonderbeitrag aus Steuergeldern auf 2,5 Prozent hoch schnellte. 2001 lag die Deckung der Staatspensionen noch bei 103,7 Prozent, 2002 nur noch bei 97,7 Prozent und rutschte 2003 auf 87,4 Prozent ab. Als Grund nennt der Stiftungsrat die schwierigen Börsenjahre 2000 und 2001, dem 2002 als drittes schwaches Anlagejahr folgte.



FBP-Abgeordneter Rudolf Lampert: «Gedanken über Beitragserhöhungen liegen in der Luft.»

Seit 1992 hatte die Pensionsversicherung vom Arbeitgeber Staat keinen Sonderbeitrag mehr gefordert, da sich die Vermögensertragslage positiv entwickelte. Seit 2001 verschlechterte sich die Situation kontinuierlich. Die Menschen werden älter, so die Begründung. Hinzu kam die ungünstige Börsenentwicklung. Und in einem Jahr stieg die Zahl der Staatsbediensteten, die Invaliditätsrente beziehen, um 30 Prozent, so die Landtagsabgeordnete Ingrid Hassler-Gerner (VU).

Die Parlamentarier blieb hartnäckig mit ihren kritischen Fragen an die Regierung. Dass der Staat mit seiner Vorreiterrolle die Diskrepanz zum Gewerbe stetig vergrößere, sei nicht mehr tragbar. Unverständlich sei auch der Unterschied zwischen Angestellten, die erst ab 25 000 Franken Jahresverdienst in die zweite Säule einsteigen könnten und Staatsangestellte mit unter 7000 Franken. Statt das Pensionskassen-Defizit für Staatsangestellte aus Steuergeldern zu finanzieren, stelle sich die Frage, ob nicht die Arbeitnehmer höhere Beiträge leisten müssten.

Auch Rudolf Lampert denkt in diese Richtung. «Sollte sich die Vermögenslage der Kasse nicht verbessern», sagte der FBP-Abgeordnete, «wird man sich, wenn die Leistungen an die Versicherten gleich bleiben sollen, Gedanken über zusätzliche Einnahmen in Form von erhöhten regulären Beiträgen machen müssen. Wenn Risikoveränderungen zum Strukturproblem für die Finanzierung der Pensionskasse würden», ergänzte der FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel, «dann müssten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligen.»

Nicht nur die Pensionskasse der Staatsangestellten versprach die Regierung unter die Lupe zu nehmen. Sozial- und Wirtschaftsminister Hansjörg Frick sagte auch zu, nochmals abzuklären, ob die 4000 liechtensteinischen Versicherten der Winterthur-Versicherung gleich behandelt werden wie Schweizer Versicherte oder ob ein Unterschied besteht, der sich negativ auf Liechtensteiner auswirkt, wofür Ingrid Hassler-Gerner Indizien sieht.

Hochbauten - Trojanische Pferde?

Planung eines Verwaltungsgebäudes wurde kontrovers diskutiert

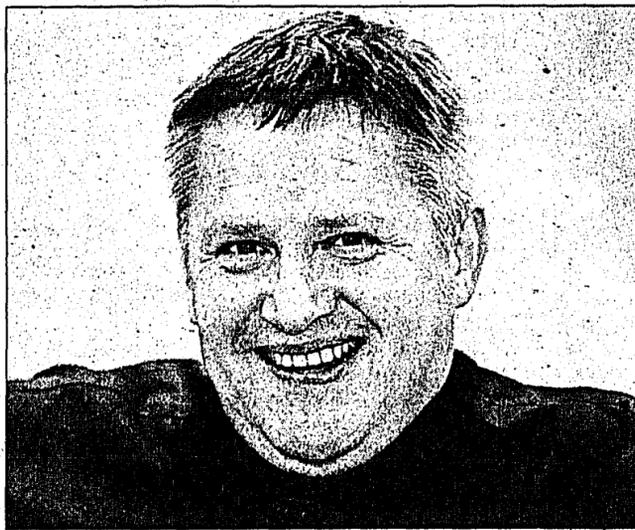
VADUZ - Kernpunkt in der Diskussion um den Hochbautenbericht der Regierung, der letztendlich vom Landtag zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, war die Planung eines Verwaltungsgebäudes für die Landesverwaltung. Die Regierung wies in ihrem Bericht aber darauf hin, dass beim Bau solcher Gebäude die Folgekosten berücksichtigt werden müssen.

• Doris Meier

Im Hochbautenbericht hielt die Regierung fest, dass die Landesverwaltung in den letzten Jahren laufend gewachsen sei und deshalb zahlreiche Büroräumlichkeiten zugemietet hätten werden müssen. Der Mietaufwand dafür betrage über 6,5 Millionen Franken exklusive Betriebskosten. Deshalb schlug die Regierung vor, rein schon aus finanziellen Gründen, sich Gedanken über ein grösseres Verwaltungsgebäude zu machen. Mit der kapitalisierten Miete liesse sich ein Verwaltungsbau von 100 bis 120 Millionen Franken erstellen. Der FBP-Abgeordnete Helmut Bühler begrüßte diesen Vorschlag und forderte die Regierung auf, dazu nötige Massnahmen einzuleiten. «Das Puzzle der Landesverwaltung soll zusammengeführt werden», so Bühler. Jetzt seien die verschiedenen Ämter überall verstreut und schwer zu finden. Auch Wendelin Lampert sprach sich für eine solche Lösung aus. So könnte man Synergien innerhalb der Ämter nutzen, ausserdem könne die Kundentreue verbessert werden.

Grössenwahnsinnige Utopie

Walter Hartmann (VU) verurteilte den Vorschlag, ein Verwaltungsgebäude für die Landesverwaltung zu erstellen und bezeichnete ihn als grösserwahnsinnige Utopie. «Die kommenden Generationen werden sich für diese zahlreichen trojanischen



Helmut Bühler, FBP: «Das Puzzle der Landesverwaltungen muss zusammengeführt werden.»

schon Pferde bedanken, die wir ihnen hinstellen», polterte Hartmann. Diese Gebäude hätten sehr hohe Folgekosten, die die kommenden Generationen tragen müssten. Regierungschef Otmar Hasler gab ihm in diesem Punkt recht und wies darauf hin, dass es in der Tat wichtig sei, diese Folgekosten nicht aus den Augen zu verlieren. Schon jetzt müsse das Land Liechtenstein für seine Gebäude rund 500 Millionen Franken rein schon für die Versicherungskosten der öffentlichen Gebäude aufwenden. «Wir müssen jede zukünftige Investition auf Notwendigkeit und Ausgestaltung hinterfragen. Gerade im Bezug auf die Ausgestaltung war das Niveau in den letzten Jahren überdurchschnittlich hoch», stellte Hasler klar. Er wies dennoch darauf hin, dass die Landesverwaltung reorganisiert werden müsse und dass neue Bauten oder Mietobjekte ins Auge gefasst werden müssten. Denn eine Reduktion der Landesverwaltung auf einige wenige zentrale Standorte würde nicht nur betriebswirtschaftliche Vorteile bringen, sondern

auch einen wesentlichen Identifikationsfaktor für die Landesverwaltung selber und für die Öffentlichkeit darstellen.

Projekte in Planung

Prioritär behandelt werden soll vor allem die Erweiterung des Polizeigebäudes. Die Aufstockung des



Walter Hartmann, VU: «Diese Gebäude haben Folgekosten, die die kommenden Generationen tragen müssen.»

Über elf Millionen für Strassenbau

Der Landtag hat den Strassenbaubericht der Regierung verabschiedet

VADUZ - Der Landtag hat einen Kredit von sieben Millionen Franken für den Strassenbau bewilligt. Mit diesem Kredit sollen elf neue Projekte in Angriff genommen werden können, unter anderem der Umbau von drei Kreuzungen in Eschen, Bondern und Vaduz. Ausserdem wurden 4,1 Millionen Franken für den Strassenunterhalt genehmigt.

• Doris Meier

Der VU-Abgeordnete Donath Oehri lobte die Regierung für das antizyklische Verhalten. Er begrüßte vor allem die Projekte Eintrachtkreisel in Eschen, den Kreisell bei der Post in Bondern und das Trottoir, das zwischen Gamprin und Schellenberg geplant ist. Der Strassenbaubericht sieht die Umsetzung dieses Trottoirs allerdings in zwei Etappen vor, was von verschiedenen Abgeordneten kritisiert wurde. Dieses Projekt sei wichtig und es sei nicht sinnvoll dieses 750 Meter lange Trottoir in zwei Etappen umzusetzen, betonte beispielsweise Helmut Bühler (FBP), zumal das Ende des Trottoirs in diesem Fall wahrscheinlich in einer unübersichtlichen Kurve zu liegen kommen werde. Regierungschef Otmar



Elmar Kindle, FBP: «Der Trend, dass die Verwaltung Arbeiten an sich reisst, die bis dato von privater Seite erledigt wurden, ist beunruhigend.»

Hasler versprach, diese Sache nochmals genau anzuschauen.

Staat nur da wo nötig

Elmar Kindle (FBP) kritisierte ein anderes Projekt und zwar den Rückbau der Feldkircher Strasse in Schaan. «Mit solchen Rückbaumasnahmen wird die Flexibilität für zukünftige Strassenraumgestaltung stark eingeschränkt», betonte

Kindle. Ausserdem werde so der Strassenbelag stärker belastet, was zur Folge habe, dass Spurrinnen und Fahrbahnebenheiten entstehen würden. Diese seien für Autofahrer sehr problematisch. Deshalb vertrat er die Meinung, dass Strassenumgestaltungen auf Landstrassen mit hohem Verkehrsaufkommen nur sehr zögerlich praktiziert werden sollten. Ausserdem kritisierte

Personals hat diese Erweiterung nötig gemacht. Die Regierung hat sich entschlossen, anstatt der aufwändigen An-, Um- und Aufbauten einen Neubau im südlichen Vorfeld (Bereich Flüchtlingsheim) zu realisieren. Mit den Bauarbeiten soll im Jahr 2005 begonnen werden, es wird mit Kosten von 29 Millionen und mit Folgekosten von jährlich zwei Millionen gerechnet. Weitere Priorität genießt, das Schulzentrum Unterland II und der Bushof Schaan mit Tiefgarage. Zweite Priorität wurde den Projekten «Weiterführende Schulen Balzers» und der zweiten Etappe der Liechtensteinischen Landesbibliothek eingeräumt. Zurückgestellt wurde unter anderem die Sanierung der Burg Gutenberg, was Walter Hartmann sehr bedauerte, denn damit habe es die Regierung verpasst, einen kulturellen Impuls zu setzen. Markus Büchel (FBP) konterte jedoch und betonte, dass die Sanierung der Burg Gutenberg zwar «nice to have» wäre, jedoch einen Haufen Geld koste und aufgrund der Bausubstanz nicht dringend notwendig sei: «Sparen wollen alle, aber nicht dort, wo es die Gegenpartei will.»



Walter Hartmann, VU: «Diese Gebäude haben Folgekosten, die die kommenden Generationen tragen müssen.»

Über elf Millionen für Strassenbau

Der Landtag hat den Strassenbaubericht der Regierung verabschiedet

sierte Elmar Kindle, dass das Tiefbauamt in letzter Zeit oft Aufgaben angenommen habe, die eigentlich das Gewerbe hätte ausführen können. «Ich bin der Meinung, dass der Staat nur dort aktiv sein soll, wo es auch nötig ist. Der Trend, dass die Verwaltung Arbeiten an sich reisst, die bis dato von privater Seite erledigt wurden, ist beunruhigend.» Elmar Kindle forderte deshalb: «Staat nur da wo nötig!» Regierungschef Otmar Hasler versicherte ihm, dass auch er diese Meinung vertrete und genauere Abklärungen beim Tiefbauamt treffen werde. Betreffend die Rückbaumasnahmen betonte Otmar Hasler, dass diese für die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer wichtig seien.

Besonderer Dank

«Es ist Karl Näscher, dem Leiter Bauadministration, Verantwortlicher für Landerwerb zu verdanken, dass wir strategisch wichtige Grundstücke kaufen konnten und nun diese Projekte umsetzen können», würdigte Otmar Hasler, den kurz vor der Pension plötzlich verstorbenen Amtsleiter. «Ich verneige mich vor der Leistung dieses Mannes», betonte auch Donath Oehri. Karl Näscher sei ein sehr guter Partner der Gemeinden gewesen.